
FORUM: Sozialismus-Debatte

Michael Schneider: Die säkulare Verwechslung - Welche Ideologien und Mystifikationen haben den linken Blick nach Osten getrübt?*

Dr. Michael Schneider, geb. 1943 in Königsberg/Ostpreußen, Studium der Naturwissenschaften in Freiburg, Berlin und Paris, Studium der Soziologie und Philosophie in Berlin, lebt seit 1975 als freier Autor in Wiesbaden.

Die eigentliche Frage, die die kopernikanische Epochenwende des Jahres 1989 aufgeworfen hat, ist nicht die, welche jetzt in aller Munde ist: Warum ist „der“ Sozialismus gescheitert? Die Frage muß vielmehr lauten: Wie und warum konnten mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen den *Staatsozialismus der rückständigen Regionen* - denn nur dort ist er ja zur Macht gelangt und jenes Modell entstanden, das nach 1945 auch den entwickelteren Ländern des Ostblocks, der DDR und der CSSR, oktroyiert wurde - gegenüber den hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen als Fortschritt und als höhere Zivilisationsstufe ansehen? Wie war es möglich, daß ein System, dessen vorherrschende Charakteristika Zentralverwaltungswirtschaft, Einparteienherrschaft und Zensur waren, so lange mit „Sozialismus“ verwechselt werden konnte, statt es als vorsozialistische Formation eigenen Typs zu begreifen, die offenbar einen transitorischen Charakter hat?

Daß die östlichen KPs und Nomenklaturas ihre Herrschaft durch die Berufung auf die Klassiker des Sozialismus zu legitimieren suchten, ist klar und bedarf keiner weiteren Erklärung. Auch der westliche Kapitalismus und seine Meinungsführer hatten natürlich ein fundamentales Interesse an dieser säkularen Verwechslung. Gab es eine bessere Abschreckungsstrategie gegen den Sozialismus, als den Etikettenschwindel der östlichen KPs für bare Münze zu nehmen? Solange sich eine Formation, deren Ökonomie ebenso rückständig war wie ihre politische Kultur, „Realsozialismus“ nannte, war das eigene Volk gegen den sozialistischen Virus immun, brauchte man um seine Loyalität gegenüber der Kapitalherrschaft nicht zu bangen. Aber wie war es möglich, daß diese Mystifikation, dieser Etikettenschwindel über viele Jahrzehnte nicht

* In dem im Frühjahr 1991 bei Kiepenheuer & Witsch erscheinenden neuen Buch des Autors „Das Ende eines Jahrhundertmythos“ werden die in diesem Aufsatz enthaltenen Thesen entfaltet.

beziehungsweise nur von intellektuellen Minoritäten und „Dissidenten“ durchschaut worden ist?

Die DDR und ihre antifaschistische Aura

Den Parteigängern des „Realsozialismus“ und jenen Linken, für die dieser nur eine stalinistische Fehlgeburt war und die ihm - wie ich - seit langem kritisch gegenüberstanden, war gleichwohl eine Grundhaltung des Denkens gemeinsam: die Vorstellung nämlich, daß die Hauptfeinde der Kapitalismus und der Faschismus seien, denen gegenüber der Stalinismus und seine „real existierenden“ Erscheinungsformen gewissermaßen das kleinere Übel verkörperten. Anders läßt sich die in Sachen Stalinismus „verzögerte Vergangenheitsbewältigung der westeuropäischen, vor allem der deutschen Unken Intellektuellen“, die Ulrich Greiner jüngst in der „Zeit“ und lange vor ihm Rudi Dutschke diagnostiziert hat, nicht erklären. „Fatal und tragisch wurde die Lage der linken westdeutschen Intelligenz dadurch, daß der Schein des Sozialismus' die Ost-Zone, die junge DDR, einnebelte und diese schwere Vernebelung nicht mehr (oder nur zum Teil) durchschaut werden konnte. Über die russisch-sowjetischen KZs unzweideutig zu sprechen, ohne damit die Barbarei der deutschen KZs und des imperialistischen Angriffs auf die Sowjetunion auch nur zu relativieren, war ihr nicht möglich, weil es der russisch-sowjetischen Geheimdiplomatie seit Jahrzehnten gelungen war, die Potemkinschen Dörfer des Betrugsmanövers aufrechtzuerhalten. Wären sonst Brecht, Becher, Bloch, Grossmann und viele andere jemals in die Ost-Zone, in die DDR gegangen? Die McCarthy- und Restaurationsperiode in den West-Zonen war keine Alternative. Es war eine tragische Lage“. (Rudi Dutschke).

In ihrer mehr oder weniger kritischen Solidarität mit dem Staat jenseits der Elbe wurde die westdeutsche Linke vor allem durch den politisch-moralischen Skandal der BRD-Gründerjahre bestärkt, daß die alten Eliten aus Wirtschaft, Wehrmacht, Verwaltung und Justiz, die den NS-Staat mitgetragen und für die Verbrechen des NS-Regimes mitverantwortlich waren, nach 1945 nicht zur Rechenschaft gezogen wurden und ihre führenden Stellungen behaupten konnten, während die antifaschistischen Eliten der Arbeiterbewegung, die moralische und politische Avantgarde des deutschen Volkes, vom restaurierten CDU-Staat wieder ins Abseits gedrängt und zum Teil politisch verfolgt wurden. Wiedergutmachung wurde den Juden angeboten, nicht aber den deutschen Kommunisten, die die größten Opfer im Kampf gegen Hitler gebracht hatten und die nicht selten die Gefängniszellen wieder mit den gerade entlassenen PGs und amnestierten Kriegsverbrechern tauschen mußten. Daß ihnen im Grunde Recht geschehe, war stillschweigender Konsens der Wiederaufbau-epoche. Und da sich die antifaschistischen Überlebenden und kommunistischen Kämpfer von einst im Osten versammelt hatten, um das „bessere Deutschland“ aufzubauen, galt uns die DDR als legitime Erbin jenes Sieges, der über den Faschismus errungen worden war.

Daß der Staat jenseits der Elbe, bei aller Kritik an Mauer und Schießbefehl, an der fehlenden Meinungsfreiheit und der Scheindemokratie, die „moralisch bessere Hälfte“ Deutschlands verkörpere, zumal er eine durchaus friedfertige Außenpolitik betrieb und gewisse soziale Errungenschaften vorzuweisen hatte - an dieser Überzeugung konnte man umso leichter festhalten, als man selbst in relativ saturierten und freiheitlichen Umständen lebte und den „realsozialistischen Alltag“ nicht am eigenen Leibe erlebte. Zwar pflegte die westdeutsche Linke immer zwischen der DDR und dem „wahren Sozialismus“ zu unterscheiden; doch auf die alltägliche Infamie „Geht doch nach drüben“ reagierte sie reflexhaft mit Verteidigungsstrategien. Eben weil man nicht mit den Wölfen des Kalten Krieges heulen mochte, verteidigte man die DDR auch noch dort, wo sie längst nicht mehr zu verteidigen war, als wäre sie - Strauß, Springer und Löwenthal zum Trotz - eben doch eine Hoffnung und in vielem ein Vorbild. Als ich im Fernsehen zum ersten Mal Leipziger Demonstranten mit Plakaten sah, die den

gestürzten Staatsratsvorsitzenden in KZ-Uniform präsentierten, fuhr mir der Schock in die Glieder; schien doch die Botschaft dieser Plakate zu lauten: Da, wo er unter Hitler gesessen hat, gehört er wieder hin! Nicht daß ich zu diesem Zeitpunkt noch die geringste Sympathie mit diesem „verdorbenen Greis“ (Wolf Biermann) gehabt hätte, der die DDR flächendeckend bespitzeln ließ und nicht weit davon entfernt war, die Nationale Volksarmee gegen das demonstrierende Volk einzusetzen; doch den Antifaschisten Honecker, der unter den Nazis im KZ gesessen hatte, mochte ich nicht dem gesammelten Volkszorn preisgegeben wissen. War diesem - gewiß berechtigten - Volkszorn nicht auch eine faschistoide Latenz beigemischt? Oder entsprang mein Schock einer im Grunde sentimental Parteinahme für einen Mann, der ja längst nicht mehr der moralisch integre Antifaschist war, der er vor vierzig Jahren einmal gewesen ist? War ich vielleicht selbst noch geblendet von der antifaschistischen Aura, die die führenden Männer der SED vierzig Jahre lang vor der notwendigen Kritik ihrer Untertanen geschützt hatte und die diese jetzt, respektlos und ohne einen Anflug von Pietät, zerstörten?

Nicht nur an dieser Reaktion wurde mir klar, daß ich mich - bei aller Kritik an Mauer und Schießbefehl, an Stasi-Herrschaft und Scheindemokratie - eben doch ein Stück weit mit dem Staat jenseits der Elbe als dem „moralisch besseren Teil von Deutschland“ identifiziert hatte, ohne seine alltägliche Realität wirklich zu kennen. Als im heißen Herbst vergangenen Jahres der rosarote Propaganda-Schleier zerriß, der das ganze Ausmaß der Misere dieses Landes so lange verhüllt hatte, und die ungeschminkte Wahrheit über die ökonomische Rückständigkeit, die verheerenden Umweltschäden, den Verfall der Altstädte, die Korruption der Parteispitze, den Wahlbetrug, die zynische Devisenbeschaffungspolitik des Schalck-Golodkowski, die politische Straf Justiz, das Ausmaß der Bespitzelung, die Stasi-Pläne über künftige Internierungslager ans Licht kam, da waren nicht nur die DDR-Bürger schockiert, sondern auch jene Sozialisten, Grüne, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in der BRD, die bislang geglaubt hatten, sich keine Illusionen über den anderen deutschen Staat zu machen: So schlimm, wie sie waren beziehungsweise geworden waren, hatte man sich die Verhältnisse jenseits der Mauer eben doch nicht vorgestellt.

Der Mythos von der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“

Aber nicht nur die Aura des Antifaschismus hat der westlichen Linken den Blick gen Osten getrübt, sondern auch der fundamentale Gründungsmythos des „ersten Arbeiter- und Bauernstaates“ der Welt: der Mythos von der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“. Deren weltgeschichtliche Bedeutung liegt weniger darin, daß sie die „erste sozialistische Revolution der Weltgeschichte“ gewesen ist - dies war eine vielleicht unvermeidliche Selbsttäuschung der Bolschewiki -, sondern darin, daß sie die erste antiimperialistische Revolution gewesen ist. Lenin war, wie Rudolf Bahro richtig gesagt hat, „der erste Marxist, der in dem Erwachen Asiens als Antwort auf die Zerstörung seiner überkommenen Sozialstruktur durch den modernen Imperialismus die Perspektive erkannte, daß die Volksmassen der kolonialen und halbkolonialen Länder nicht in der Rolle als passive Objekte der doppelten Ausbeutung und absoluter Verelendung verharren würden.“ Und die russische Revolution war das Signal und das Vorbild für die antikolonialen Befreiungskämpfe des Jahrhunderts.

Aber wenn im Fortgang dieser Revolution sich schließlich eine Konterrevolution unter der Roten Fahne etablieren konnte, die die sowjetischen Völker insgesamt mehr Opfer gekostet hat als der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg von 1941, stellt sich die Frage, ob nicht schon in der Anlage und in der spezifischen Dynamik der Oktoberrevolution, die selbst relativ unblutig verlief, etwas grundsätzlich Fragwürdiges und Unheilvolles gelegen hat. Nachdem wir heute über das ganze Ausmaß des stalinistischen Terrors unterrichtet sind - dieser hat nach Schätzungen des sowjetischen Histori-

kers Roy Medwedjew zwischen 30 und 40 Millionen Menschen das Leben gekostet -, kann man die imponierenden Aufbauleistungen der Sowjetunion, die im Zeitraffer nachgeholte Industrialisierung nicht mehr bloß als „Erfolge“ verbuchen und im übrigen auf die „historischen Zwangslagen“ verweisen, die den Terror mehr oder weniger unumgänglich machten, ein Argumentationsmuster, dem die „realsozialistische“ Linke (auch der aufgeklärte Rudolf Bahro) lange Zeit verhaftet war

Das russische Revolutionsgeschehen von der ersten Revolution 1905 bis zum Februar und Oktober 1917 war mitnichten die Anwendung des Marxismus auf den konkreten Fall Rußland, wie dies der Sowjetmarxismus stets behauptet und die europäische Arbeiterbewegung lange Zeit geglaubt hat. Die Wirklichkeit der Sowjetrevolution entzieht sich dem Schema einer Theorie des „weltgeschichtlichen Übergangs vom Kapitalismus in den Sozialismus“, weil es den Kapitalismus in Rußland niemals gegeben hat. Tatsächlich gab es weder eine moderne und durchsetzungsstarke Bourgeoisie, die ihre historische Funktion der „Kapitalakkumulation“ hatte erfüllen können, noch eine gesellschaftlich dominierende Lohnarbeiterklasse. Den zirka 800 000 Industriearbeitern standen mehr als 2 Millionen Bürokraten und zaristische Beamte und über 100 Millionen analphabetischer Bauern gegenüber, die in halb-asiatischen Knechtschaftsverhältnissen lebten.

Daß Rußland nicht reif für den Sozialismus sei, war auch die ständige Rede der Menschewiki gewesen. Nicht nur Plechanow und Martow, auch Maxim Gorki warnte Lenin davor, die hoffnungsvolle Existenz der kleinen russischen Arbeiterklasse für ein ehrgeiziges Abenteuer aufs Spiel zu setzen, das nur in einer sozialen Katastrophe enden könne. Das Proletariat wurde von Bauernrußland verschlungen werden.

Bei allem Respekt vor Lenins weltgeschichtlicher Leistung und vor der in seiner Person einzigartigen Verbindung von revolutionärer Theorie und Praxis. Die Prämisse der Oktoberrevolution, nämlich der politische Alleingang der Bolschewiki, war fatal, und sollte fatale Folgen für die junge Sowjetrepublik haben. Die Ausschaltung des kurz bevorstehenden Sowjetkongresses durch den Oktober Putsch und die militärische Emissionierung des gewählten Parlaments im Januar 1918 wurde von allen Parteien und Strömungen als ungeheurer Affront, als Attentat auf die durch die Februar Revolution gerade erst geschaffene parlamentarische Mehrparteien Demokratie empfunden. Statt mit der sozialrevolutionären Bauernpartei und den Menschewiki, mit denen die Bolschewiki zwei Jahrzehnte gemeinsamer Kampfgeschichte verbanden, einen gemeinsamen Block zu bilden, trieb die zum Umsturz entschlossene Leninsche Kaderpartei ihre einzig möglichen politischen Bündnispartner nach dem Oktober in den Untergrund beziehungsweise nahm deren Fehler und politische Kinderkrankheiten zum Anlaß, sie politisch auszuschalten. Damit waren aber alle anderen Parteien von der Mitgestaltung des nachrevolutionären Prozesses ausgeschlossen worden. Der notwendige breite gesellschaftliche Diskurs über alternative Möglichkeiten beim Umbau der russischen Gesellschaft nach dem Sturz des Zarismus wurde auf die Lösungsvorschläge der bolschewistischen Avantgarde emgeengt.

So großartig die Oktoberrevolution, die in fünf Tagen die Romanows von der politischen Bühne fegte, im unmittelbaren historischen Moment auch war, sie war auf eine fatale Weise eben auch eine Revolution *gegen die republikanischen Traditionen, gegen das Erbe der Französischen Revolution, gegen das Prinzip der Gewaltenteilung, die Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz der Rechte des Individuums gegenüber dem Staat*. Erst Gorbatschows Perestroika und die osteuropäischen Revolutionen von 1989 haben dieses vom Oktoberumsturz gekappte Erbe, das der Stalinismus vollends verschüttete, wieder aus der Versenkung geholt. Vor allem mußte der „Tigersprung“ aus der „halb-asiatischen“ Ruckständigkeit in die „proletarische Revolution“ mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum Rückschlag führen. Das Voluntaristische und Utopistische an

Lenins revolutionärer Theorie und Praxis lag darin, wie schon Dutschke in seinem „Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen“ überzeugend nachgewiesen hat, daß er einer stagnierenden Agrargesellschaft „halb-asiatischen Typs“ mit Herrschafts- und Verwaltungsformen, die eher der „orientalischen Despotie“ entstammten, ein westeuropäisches Revolutions- und Entwicklungsmodell überzustülpen suchte. In diesem Verblendungszusammenhang liegt auch der Hauptgrund für das Scheitern der Bolschewiki vor den schier unlösbaren Aufgaben, die nach dem Oktober und dem Bürgerkrieg auf sie zukamen. Der ungeheure Block der erst langsam in kapitalistische Gärung übergehenden ältesten russischen Ökonomik zwang sie zu immer weiteren Rückzügen und schließlich zur Kapitulation vor der restaurierten, „nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbten Bürokratie“ (Lenin).

Lenins Tragik lag darin, daß er einerseits die akute Gefährdung des Sowjetstaates durch das immer mächtiger werdende „bürokratische Ungeheuer“ erkannte, andererseits aber seine eigene antibürokratische Basis durch die sukzessive Einschränkung der inner- und außerparteilichen Demokratie, auch der Sowjetdemokratie, selbst ausgehöhlt und liquidiert hatte. Das von ihm nach dem Kronstädter Aufstand höchstpersönlich durchgesetzte „Fraktionsverbot“, das er allerdings nur als vorübergehende Maßnahme verstanden wissen wollte, hat im Resultat gerade der Bürokratie-Fraktion um Stalin den Rücken gestärkt, von der die „Restauration halbasiatischer Knechtschaftsverhältnisse hinter dem staatsozialistischen Schleier“ (Dutschke) ausgehen sollte. Nach Isaak Deutscher hat das „Fraktionsverbot“ die Selbstkontrolle der Partei reduziert und ihr inneres Leben allmählich getötet. Von nun an hatten innerparteiliche Oppositionen Unrecht, indem sie auftraten. Wer etwas ändern wollte, mußte jetzt aufs Ganze gehen, mußte versuchen, die Herrschaft über die Partei zu erobern. Damit war ein Mechanismus der Machtkämpfe in Gang gesetzt, wie er in orientalischen Despotien üblich war.

„Dschingiskhan mit Telefon“ oder die Wiederkehr des asiatischen Despotismus unter der Roten Fahne

Auch wenn man Lenin aus der historischen Mitverantwortung für die stalinistische Machtergreifung und die Fehlentwicklung der russischen Revolution nicht entlassen kann, geht es gleichwohl nicht an, den Stalinismus, sowohl als praktizierte Politik wie als Ideologie, als „lineare Fortentwicklung des Leninismus“ zu deuten, wie dies neuerdings nicht nur von konservativen Historikern, sondern auch von etlichen Linksinтеллектуellen und linksliberalen Zeitschriften getan wird. Lenins revolutionäre Theorie und Praxis und Stalins „marxistisch-leninistische“ Ideologie sind durch Welten voneinander getrennt, ebenso Charakter und Persönlichkeit beider bolschewistischer Führer. Wer im demagogischen Stil des SPIEGEL-Titels „Das faule Gift der Macht“ (DER SPIEGEL 14/1990) Lenin als machthungrigen Vorläufer Stalins hinstellen sucht, unterschlägt den fundamentalen Bruch Stalins mit den leninschen Prinzipien des Parteilebens und dem leninschen Konzept eines genossenschaftlich-bäuerlichen Weges zum Sozialismus auf der Basis pluralistischer Eigentumsformen und des festen Bündnisses zwischen den beiden Hauptklassen, dem Arbeiter und dem Muschik, dem Bauer des zaristischen Rußland. Diesen Weg hatte Lenin schon mit der Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP) praktisch eingeleitet und in einer seiner letzten Schriften „Über das Genossenschaftswesen“, auf die sich heute auch die sowjetischen Wirtschaftsreformer beziehen, klar vorgezeichnet.

Die militärische Liquidierung der NÖP und die terroristische Kollektivierung der Landwirtschaft war, wie die sowjetischen Historiker der „Glasnost“-Ära heute übereinstimmend belegen, die entscheidende Zäsur in der nachrevolutionären Sowjetgesellschaft. Nach Schätzungen Roy Medwedjews wurden zwischen 1928 und 1932 zwischen 9 und 11 Millionen Bauern mitsamt ihren Familien deportiert. Die Zwangskollektivie-

rang, in Stalinscher Diktion die „zweite Revolution“, war in Wirklichkeit ein Rückfall in halbasiatische Knechtschaftsverhältnisse. Den Bauern wurde der Boden, den die Oktoberrevolution ihnen gegeben hatte, nicht nur wieder weggenommen, sie wurden auch all ihrer Freiheitsrechte beraubt. Die Kolonisierung des Nordens und des Ostens (Sibirien) wurde von zwangsdeportierten Arbeitern und Bauern betrieben, mit denselben Methoden, mit denen die alte asiatische, zaristische Despotie die öffentlichen Arbeiten organisiert und Peter der Große einst seine Hauptstadt erbaut hatte.

Es ist erstaunlich, wie selbst hochkarätige Politökonomien und Marxisten, von Paul Sweezy über Ch. Bettelheim und Ernest Mandel, die *asiatische Restauration* in der Stalin-Ära haben übersehen und mit pseudosozialistischen und trotzkistischen Deformationstheorien haben bemänteln können. Selbst Stalins ärgste Gegner, die Trotzkisten, sind dem stalinistischen Mythos von der „zweiten Revolution“ und der „ursprünglichen sozialistischen Akkumulation“ aufgesessen. Ein Akkumulationsprozeß aber, der faktisch zur Wiedereinführung der „allgemeinen Staatssklaverei“ (Marx) führte, dem der qualifizierteste Teil der Bauernschaft zum Opfer fiel, der die Verwüstung ganzer Landstriche zur Folge hatte, der die industriellen Produktivkräfte nun um den Preis einer gigantischen Zerstörung von menschlichen Produktivkräften entwickelte, auf dessen Tempo und Struktur die unmittelbaren Produzenten nicht den geringsten Einfluß hatten, ein solcher Akkumulations- und Industrialisierungsprozeß kann schlechterdings nicht als „sozialistisch“ bezeichnet werden. Zwar hatte der eingekreiste Sowjetstaat, angesichts der Dauerbedrohung durch den deutschen Imperialismus, keine andere Wahl, als eine beschleunigte Industrialisierung durchzuführen, doch die terroristische Methode hat letztlich auch das Ziel sabotiert. Durch staatlichen Zwang und Terror konnten zwar mittelfristig hohe Leistungen und Zuwachsraten erpreßt werden, aber langfristig mußte ein solches Gewaltregime, das die Arbeitsmotivation der proletarisierten Bauern und Fabrikarbeiter zerstörte, in die Stagnation und in die passive Verweigerung führen. Die Hinterlassenschaft der Stalin-Ära war das spätere Stagnationsregime, war jene „Apathiemaschine“, gegen die die sowjetischen Reformen heute einen schier hoffnungslosen Kampf führen.

Von den Altbolschewiki hatte wohl nur Bucharin eine Ahnung vom Wesen des Stalinismus. Von ihm stammt der Satz: „Staub ist der neue Dschingiskhan. Er wird uns erdrosseln“. An anderer Stelle nennt er Stalin „Dschingiskhan mit Telefon“. Den ganzen, nämlich polit-ökonomischen Sinn seiner Metapher konnte Bucharin damals allerdings noch nicht erfassen: daß mit dem neuen Dschingiskhan zugleich eine neue/alte Form der ökonomischen Despotie in Sowjetrußland Platz greifen würde; genauer, daß die „Große Wende“ von 1929 den *Übergang von der agrarischen zur industriellen Despotie* einleitete, an deren Spitze die *neue Selbstherrschaft des ZK und des Politbüros* trat.

Nur in diesem Kontext erhält Stalins Terror gegen die alte Leninsche Parteigarde ihren politischen „Sinn“: Zur Absicherung der neuen ZK-Selbstherrschaft mußte der falsche „Erbe Lenins“ gerade jene in der Partei und Intelligenz ausschalten, die wirklich das Leninsche Erbe, das Erbe der Oktoberrevolution verkörperten. Die Funktion der „Moskauer Prozesse“ bestand in dem „dialektischen Kunststück“, die Liquidierung der Leninschen Partei als Erfüllung des Leninschen Willens und *den antikommunistischen Umsturz*, der hier stattfand, als Fortsetzung der kommunistischen Revolution tarnen zu können. Darin liegt das eigentliche „Phänomen Stalin“, für das es keinen historischen Präzedenzfall gibt, und das auch mit der neuerdings wieder so oft bemühten Totalitarismus-Theorie nicht zu erklären ist. Eben dies unterscheidet Staub nämlich fundamental von jenem anderen „Jahrhundertverbrecher“, von Adolf Hitler: Während dieser Krieg gegen andere Völker und Rassen führte, führte jener Krieg *gegen das eigene Volk und gegen die eigene Partei*. Hitlers rassistische und imperialistische

„Lebensraum“-Ideologie war von Anfang an als solche erkennbar; seine „nationale Revolution“ trug, für jedermann sichtbar, die Signatur der deutschen Rechten. Um von der beispiellosen politischen Camouflage des Stalinismus eine annähernde Vorstellung zu bekommen, stelle man sich diese auf deutsche Verhältnisse übertragen vor: Hitler wäre von Anfang an im ZK der deutschen KP gewesen und hätte ab 1933, im Namen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, ihre aktivsten und besten Kader liquidiert oder ins KZ gesteckt und seine „nationale Revolution“ als Fortsetzung, ja Vollendung der deutschen Novemberrevolution von 1918 ausgegeben.

Die Symbiose von industrieller Despotie und „rohem Kommunismus“

Die Frage nach dem Charakter der sozio-ökonomischen Formation, die unter Stalin in der Sowjetunion entstanden ist und die nach dem Zweiten Weltkrieg in die Länder des „Ostblocks“ exportiert wurde, ist heute zu einer Schlüsselfrage geworden; nicht nur für die sowjetischen Reformer und ihr Zielprojekt der „Perestroika“, das sich die Überwindung und Aufhebung der stalinistischen Erbschaft zur Aufgabe gemacht hat, sondern auch für all jene Parteien, Gruppen und Menschen in Ost und West, die zu ahnen beginnen, daß das, was da in Osteuropa und der Sowjetunion zu Ende geht, nicht die Epoche des Sozialismus oder Kommunismus gewesen ist, sondern etwas, das wohl eher der Vorgeschichte des Sozialismus angehört.

Die Perestroika hat auch der Kritik am sowjetischen Wirtschaftsmodell eine neue Schärfe verliehen. So spricht Butenko von der „Entfremdung der Arbeit vom Eigentum“ und von der „Absonderung des Eigentums selbst von dessen Verwaltung“. Die spezifische Macht, die sich hier zwischen die Produzenten und die Produktionsmittel geschoben hat, ist der Staat und seine allmächtige Verwaltung. Die Reduktion aller Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln auf Staatseigentum, solche bloß „formale Vergesellschaftung“, führte zur „Negation realer Vergesellschaftung“ (Medwedjew). Hinzu kam die Übertragung des „Kriegskommunismus“, das heißt von Methoden, wie sie in der Periode des Kampfes gegen den Widerstand der feindlichen Ausbeuterklassen erzwungenermaßen angewandt worden waren, auf die Periode des Aufbaus. Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim sozialistischen Aufbau legitimierte diese Politik ebenso wie die anhaltende Bedrohung durch den Imperialismus, der die Sowjetwirtschaft zur einer Art Kriegswirtschaft in Permanenz verurteilte. Das Resultat war - nach Gorbatschow - eine Art Umkehrung der Produktionsverhältnisse: „Das Volkseigentum wurde schrittweise von seinen wahren Eigentümern, den Werktätigen getrennt“.

Nach Auffassung einiger sowjetischer Historiker waren die „militärkommunistischen Methoden aber nicht nur durch die Bürgerkriegssituation, sondern auch durch theoretisch-doktrinaire Festlegungen des klassischen Sozialismus-Modells bestimmt“ (Jerusalimski). Die vulgärmarxistische Vorstellung, die soziale Frage allein über die Verstaatlichung der Produktionsmittel lösen zu können, und der Aberglaube, daß Sozialismus identisch mit „Staatsmonopolwirtschaft“ sei, waren gerade bei führenden Theoretikern der deutschen Sozialdemokratie sehr verbreitet. Insofern ist es der „Staatsozialismus Lassalles und Dührings, in den wir heute in einem gewissen Maße verfallen sind“ (Ambrazumov). Gerade diesen aber hatten Marx und Engels einer besonders scharfen Kritik unterzogen. Nicht nur Staun und die führenden Theoretiker der III. Internationale, auch der Antikautskyaner Lenin hat den Verstaatlichungs-Fetischismus Kautskys und der deutschen Sozialdemokratie geteilt. Deren Begriff von „Verstaatlichung“ stand geradezu konträr zu dem, was Marx unter „Vergesellschaftung“ verstanden hat, nämlich die sukzessive Zurücknahme des Staates durch die Gesellschaft beziehungsweise die Gemeinschaft. So betrachtet, sind nicht Marx und Engels, sondern die führenden Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie des 19.

Jahrhunderts als geistige Wegbereiter jenes Verstaatlichungs-Modells anzusehen, das dann im sowjetischen „Staatsmonopolismus“ seinen Niederschlag gefunden hat. Als „marxistisch“ im genuinen Sinne kann dieses Modell jedenfalls nicht bezeichnet werden. Marx selbst hätte es ganz anders beschrieben. Bereits in den „Philosophisch-ökonomischen Manuskripten“ hat er die abstrakte Negation des Privateigentums als charakteristische Erscheinungsform des rohen Kommunismus“ diagnostiziert, der „alles vernichten will, was nicht fähig ist, als Privateigentum von allen besessen zu werden; er will auf gewaltsame Weise von Talent etc. abstrahieren... Dieser Kommunismus - indem er die Persönlichkeit des Menschen überall negiert - ist eben nur der konsequenteste Ausdruck des Privateigentums, welche diese Negation ist.“

Die stalinistische Anti-Eigentums-Ideologie setzte sich selbst über die Marxsche kategoriale Unterscheidung zwischen dem Privateigentum an Produktionsmitteln und dem „selbst erarbeiteten Privateigentum“ hinweg. Mit der militärischen Beendigung der „Neuen ökonomischen Politik“ wurden nicht nur Großbauern und Großhändler, die „neue Bourgeoisie“, sondern zugleich sämtliche Klein- und Kleinsteigentümer enteignet, bis zuletzt nur ein Wirtschaftssubjekt übriggeblieben war: der Staat als allgemeiner Eigentümer.

Stalins rigoroser Kampf gegen das „persönliche Eigentum“ gehört ebenso zu den Merkmalen des „rohen Kommunismus“ wie seine Attacke auf den Markt. Der „rohe Kommunismus“ verwechselt notorisch Marktwirtschaft mit Kapitalismus und glaubt, diesen nur abschaffen zu können, indem er jene gleich mit liquidiert. Der Markt aber ist viel älter als der Kapitalismus und kein Spezifikum dieser Produktionsweise. Er war darum auch nie eine Kategorie der Marxschen Kapitahmskritik. Die Herstellung des nationalen Marktes, erst recht des Weltmarktes, die „im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte und so weiter der Individuen ...“ beschreibt Marx vielmehr als eine der größten Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts.

Wird der Markt abgeschafft und - wie im Stalinismus und allen „realsozialistischen Volkswirtschaften“ - durch eine zentralistische Bürokratie ersetzt, ist das Dilemma vorprogrammiert. Denn diese muß, je komplexer die Wirtschaft wird, die Übersicht über den Wirtschaftsablauf und die Einsicht in die realen Kosten der Produktion verlieren. „Der rohe Kommunismus“, schreibt Peter Rübén im Hinblick auf die DDR-Ökonomie, „hat den Austausch ausgeschlossen und ihn durch die Distribution ersetzt. Die Attacke auf den Markt, auf den Austausch ist der eigentliche Gegenstand des rohen Kommunismus.“ Wie aber kommt es, daß der „rohe Kommunismus“ gerade in der Sowjetunion seinen optimalen Nährboden finden konnte? Wie war es möglich, daß dort nicht nur die Produktionsmittel und der Boden, sondern das gesamte gesellschaftliche Leben verstaatlicht werden konnten? Meine Antwort ist: weil es im rückständigen, halb-asiatischen Rußland der Oktoberrevolution niemals eine vom Staat getrennte bürgerliche Gesellschaft gegeben hat.

Der rigorose - und „erfolgreiche“ -Kampf der stalinistischen Bürokratie gegen jede Form von Privateigentum ist überhaupt nur begreifbar im Rahmen einer Tradition, eben der „halbasiatischen“ Produktions- und Kulturzone, die die „positive Seite des Privateigentums“ (Marx) nie erfahren und in der die mit ihm verbundene Zivilisation - Individualität, Subjektivität, persönliche Freiheit - nie zum Durchbruch gekommen ist. Die mit der Verstaatlichung der gesamten Ökonomie und der Einführung der zentralen Planung riesig anschwellende Bürokratie war denn auch die soziale Basis der stalinistischen Herrschaft. Charakteristisch für die asiatische (industrielle) Despotie der Stalin-Ära ist, daß die herrschende Politbürokratie die doppelte Kommandogewalt sowohl über den Staatsapparat als auch über die verstaatlichten Produktionsmittel (einschließlich der Staatsarbeiter und Staatsbauern) ausübte und daß die quasi-militä-

rische Hierarchie und Despotie, die Marx für das Fabrikssystem im Kapitalismus beschrieben hatte, nun im Namen des Sozialismus auf die ganze Gesellschaft ausgelehnt wurde.

Die westeuropäische Arbeiterbewegung aber konnte die Zentralverwaltungswirtschaft in der exklusiven Verfügung der Staatspartei (und der Bürokratie) deshalb für eine „sozialistische Produktionsweise“ halten, weil sie in der verstaatlichten Ökonomie selber den Kern der Sozialismusfrage erblickte. Der sowjetische Legitimations-„Marxismus“ hatte es zudem leicht, den Charakter der Politbürokratie als neuer herrschender Klasse zu verschleiern, weil mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, wie im „Kommunistischen Manifest“ gefordert, scheinbar auch die ökonomische Grundlage der Klassenbildung und der Ausbeutung entfallen war. Tatsächlich aber war in den alten ökonomischen Despotien, ob bei den Ägyptern oder den Inkas, den Mandschu-Dynastien oder der Zaren-Despotie, das gemeinschaftliche, das Königs- oder Staatseigentum (an Grund und Boden) die Basis der Klassenherrschaft gewesen. Indem der despotische Beamtenapparat und die Priesterkaste exklusiv über dieses kollektive Eigentum verfügen konnten, die öffentlichen Arbeiten kommandierten und sich das Mehrprodukt gemeinschaftlich aneigneten, übten sie ihre Macht als herrschende Klasse aus. Noch Anfang der dreißiger Jahre, gab es sowjetische Historiker und Marxisten, die Marxs Erkenntnisse über die halbasiatische Formationsgeschichte Rußlands in die öffentliche und parteiinterne Diskussion einzubringen suchten; doch sie wurden von Stauin verfolgt, deportiert oder erschossen. Zum Leninigrader Kongreß über die Marxsche Formationstheorie im Jahre 1930/31 waren die Kenner in dieser Sache - Varga, Wittvogel, Bucharin und Rjasonov - nicht mehr eingeladen beziehungsweise parteilich schon vorher ausgeschaltet worden. Der Stalinsche und Komintern-Mythos vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ durfte und sollte gerade von marxistischer Seite her nicht mehr angezweifelt werden.

Und so hat denn dieser Mythos die gesamte kommunistische Weltbewegung geblendet und sie jahrzehntelang daran gehindert, die „Große Wende“ von 1929/30 als das zu begreifen, was sie realiter gewesen ist: *der Übergang von der agrarischen in die industrielle Despotie*. Dieser Mythos war umso schwerer zu durchschauen, als die (aus der asiatischen Tradition kommende) Zentralverwaltungswirtschaft mit dem Verstaatlichungs-Fetischismus und den „rohen“ Kommunismusvorstellungen der europäischen Arbeiterbewegung eine schier ununterscheidbare Symbiose eingegangen war.

Der Kapitalismus hat seinen schwersten Kampf noch vor sich: den gegen sich selbst

Die derzeit populäre Schuldzuweisung behauptet, es habe am „marxistischen Kompaß“ gelegen, daß der Fortschrittsdampfer mit der Roten Fahne am Mast Schiffbruch erlitten hat. Diese Behauptung, die jetzt von Spott- und Hohnformeln wie „Marx ade! Markt juche!“ und von hämischen SPIEGEL-Titeln wie „Abschied von der Marx- und Murxwirtschaft“ multimedial verstärkt wird, hält, wie man sieht, einer genaueren Nachprüfung jedoch nicht stand. Nicht Karl Marx und Friedrich Engels haben die Konstruktionspläne für jenes Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell geliefert, das in der Sowjetunion und in Osteuropa verwirklicht wurde. Auch wenn der „Staatssozialismus“ mit Marx- und Engelszungen redete, - er wurde von ganz anderen Ahnherren und Stimmen beherrscht und konnte darum auch kein „Reich der Freiheit“ stiften.

Daß er auf einer bestimmten Entwicklungsstufe gescheitert ist, ja scheitern mußte, läßt sich übrigens gerade mit der Marxschen Methode am besten erklären. Schon in den siebziger Jahren waren die staatssozialistischen Produktionsverhältnisse (Zentralverwaltungswirtschaft, Einparteienherrschaft, Lähmung jeglicher Initiative von unten) zur Fessel für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Vor allem beim Übergang vom extensiven zum intensiven Wirtschaftswachstum, zur hoch-

technologischen Produktionsweise, mußte dieser Fesselungseffekt immer stärker hervortreten und der Produktivitätsabstand zum Westen immer größer werden. Diese Verhältnisse mußten daher früher oder später gesprengt werden, nachdem Gorbatschow grünes Licht für die Wende auch in den „sozialistischen Bruderländern“ gegeben hatte; und sie wurden gesprengt.

Auch wenn die meisten DDR-Deutschen sich jetzt von Marx und dem Marxismus abwenden, weil sie in seinem Namen indoktriniert und kolonisiert worden sind, auch wenn die Unke Szene jetzt bekümmert vor den Trümmern ihres „marxistischen Weltbildes“ steht; die osteuropäischen Revolutionen des Jahres 1989 blamierten zwar den zur Legitimationswissenschaft verkommenen „Marxismus-Leninismus“, nicht aber den großen Philosophen und Soziologen aus Trier und seine noch immer unübertroffene Methode. Was derzeit in Osteuropa und der Sowjetunion zu Ende geht, war nicht „der“ Sozialismus, sondern die präsozialistische Epoche des „rohen Kommunismus“, die schlechte Negation des Privateigentums und der mit ihm verknüpften bürgerlichen Zivilisation und Demokratie. Die Intellektuellen brauchen sich also nicht so eilig von etwas zu verabschieden, was es noch gar nicht gegeben hat.

Das konstitutive Handicap des bisherigen „Staatsozialismus“ lag darin, daß er in den rückständigen Zonen zur Macht gelangte. Die historische Mission der Bourgeoisie, die „ursprüngliche Akkumulation“ und zugleich den Sozialismus, noch dazu in „einem Land“ zu verwirklichen, dies konnte nicht geringen. Das hätten auch Lenin, Trotzki oder Bucharin an Stelle von Stalin nicht fertiggebracht. Auch der westliche Imperialismus, vor allem der deutsche, hat die Fehlentwicklung der russischen Revolution entscheidend mitdeterminiert; die Niederschlagung der deutschen (November-) Revolution, von der sich Lenin und die Bolschewiki eine Initialzündung für ganz Europa erhofften, hat eine schicksalhafte Rolle für die nach 1921 isolierte und eingekreiste Sowjetrepublik gespielt. Der „Staatsozialismus“ der rückständigen Regionen war nicht nur ein „Sozialismus“ in Notwehr und im Belagerungszustand, er war auch von Anfang an dem Konkurrenzkampf mit einem überlegenen Kapitalismus ausgeliefert; ein Kampf, den er, vor allem auf der Ebene der Produktivität, nur verlieren konnte und der ihn in einer dauernden Abhängigkeit von dem hielt, was er überwinden wollte. Er verkörperte nicht das „Ganz Andere“ des Kapitalismus, sondern nur dessen Kehrseite, sein Schattenreich gleichsam.

Ganz anders könnte und müßte ein Sozialismus aussehen, der sich, wie es die Klassiker eigentlich vorgesehen hatten, im Schoß der entwickeltesten kapitalistischen Gesellschaften selbst herausbildet und das Produkt ihrer prozessualen Überwindung ist. Erst er könnte das Privateigentum und die mit ihm verknüpfte bürgerliche Zivilisation im Hegelischen Sinne wirklich „aufheben“ und auf eine höhere Stufe heben. Auch wenn das Privateigentum (an den Produktionsmitteln) und die freie Marktwirtschaft jetzt ihren Siegeszug durch ganz Osteuropa antreten, beide sind gewiß nicht das letzte Wort der Geschichte. Die asozialen Seiten der „sozialen Marktwirtschaft“ - Massenarbeitslosigkeit, Neue Armut, Zweidrittel-Gesellschaft und anderes -, die für Natur, Umwelt und Biosphäre zerstörerischen Seiten ihrer wuchernden Wachstumsdynamik sowie die neokolonialistischen Abhängigkeiten, der Kreislauf von Verschuldung und Unterentwicklung, den der Kapitalismus weltweit miterzeugt; - dies alles wird nicht einfach dadurch verschwinden, daß sein historischer Widerpart, der „Kommunismus“, von der Bildfläche verschwindet. Eher steht zu befürchten, daß mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz sich diese Widersprüche und destruktiven Tendenzen noch verschärfen werden. Um in Osteuropa zu bleiben: Schon jetzt zeigt die Entwicklung in Polen und Ungarn, daß die Freisetzung der Marktkräfte ohne Gegensteuerung und ohne daß ein soziales Netz zur Verfügung steht, vor allem dazu führt, daß wenige Leute sehr schnell reich und viele noch ärmer werden, als sie unter dem alten System gewesen sind. Auch

einem Teil der DDR-Bevölkerung droht dieses Schicksal. Nur ein Drittel der zirka 8 000 volkseigenen Betriebe wird das große Unternehmens- und Arbeitsplatzsterben überleben, das den deutschen Einigungsprozeß begleitet.

Die drei großen Weltprobleme - die Ökologie, der Welthunger und die Massenarbeitslosigkeit - sind jedenfalls nicht lösbar innerhalb einer Produktionsweise, die auf der privaten Aneignung gesellschaftlicher Produktion basiert und die die Naturbedingungen der Produktion immer weiter zerstört. Der Kapitalismus hat also, nachdem der Systemkampf zu seinen Gunsten entschieden wurde, seinen schwersten Kampf noch vor sich: den gegen sich selbst. Statt jetzt den Kopf in den Sand zu stecken, sollte die europäische Linke ihm helfen, daß er auch dieses „letzte Gefecht“ siegreich besteht.